

Wahlkompass Umweltpolitik

Niedersachsen

GREENPEACE

Stimmzettel

für die Wahl zum Niedersächsischen Landtag
am 20. Januar 2013



1

Klimawandel stoppen

☐

2

konsequente Energiewende

☐

3

Atommüllproblem lösen

☐

4

**Nachhaltige Landwirtschaft
ohne Gentechnik**

☐

5

Wälder und Meere schützen

☐

Inhalt

1	Vorwort
2	Thema: Energiewende
12	Thema: Atommüll
20	Thema: Landwirtschaft
30	Thema: Meeresschutz
36	Thema: Waldschutz

Impressum: Greenpeace Hannover, c/o Umweltzentrum Hannover, Hausmannstr. 9-10, 30159 Hannover, hannover@greenpeace.de, www.greenpeace-hannover.de · V.i.S.d.P. David Petersen

Redaktion: David Petersen, Henning Dick, Mario Nitschke, Sarah Mohrs, Ina Zerbin, Manuel Stratmann u.a. · **Fotos:** S.2f. Paul Langrock / Zenit; S.12f. B. Hoff; S.20f. Martin Langer; S.30f. Wolf Wichmann; S.36f. Florian Werner; alle © Greenpeace · **Portraitfotos:** CDU; SPD/Susie Knoll; FDP; Bündnis90/Die Grünen; DIE LINKE/Jan Langehein; Piratenpartei/Tobias M. Eckrich · **Gestaltung:** David Petersen · **Druck:** reset Grafische Medien GmbH, Virchowstraße 8, 22767 Hamburg · **Stand:** 01/2013

Zur Deckung unserer Herstellungskosten bittet Greenpeace e.V. um eine Spende: GLS Gemeinschaftsbank eG · BLZ 430 609 67 · Konto-Nr. 33401

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Vorwort

Liebe Wählerinnen und Wähler,
Umweltschutz ist kein Nischenthema mehr. Mittlerweile betonen alle Parteien die Förderung von „Nachhaltigkeit“ in ihren Wahlprogrammen. Umso wichtiger ist es heutzutage, genauer hinzuschauen.

Mit dem „Greenpeace-Wahlkompass Niedersachsen“ haben wir den Spitzenkandidaten von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE und der Piratenpartei auf den Zahn gefühlt. Nur David McAllister (CDU) wollte sich als einziger Spitzenkandidat nicht mit den Aussagen seiner Partei zitieren lassen. Stattdessen hat uns CDU-Generalsekretär Ulf Thiele geantwortet.

15 Fragen aus den Bereichen Klimaschutz, Energie, Atommüll, Landwirtschaft sowie Meeres- und Waldschutz sollen Ihnen vor der Landtagswahl am 20.01.2013 einen kompakten Überblick über zentrale umweltpolitische Positionen der Parteien in Niedersachsen geben.

Freundliche Grüße
Ihre Greenpeace-Gruppe Hannover

P.S. Lust auf ehrenamtliches Engagement? Schauen Sie doch mal vorbei: <http://gruppen.greenpeace.de>

Energiewende

100% Erneuerbare Energien bis 2050!

Um die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen, müssen **Energieeinsparung** und **Energieeffizienz** sowie der **Ausbau der Erneuerbaren Energien** entschlossener angegangen werden.

Den Vorrang der Erneuerbaren Energien gilt es landesplanerisch weiter zu stärken. Denn auch wirtschaftlich ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien ein Gewinn, da erhebliche Kosten für Brennstoffimporte (Kohle, Öl) eingespart werden.

Zudem muss insbesondere der **Ausstieg aus der Kohlekraft** beschleunigt werden. Der Neubau von Kohlekraftwerken ist unnötig und ein Bremsklotz der Energiewende. Wir brauchen stattdessen Investitionen in dezentrale, flexible Kraftwerke und Speichertechnologien, um Schwankungen aus Strom von Erneuerbaren Energien auszugleichen und die regionale Wertschöpfung zu stärken. Das Energiekonzept von Greenpeace zeigt einen möglichen Weg auf.

Um fossile Brennstoffe zu fördern, werden immer risikoreichere Technologien eingesetzt. Auch in Niedersachsen droht die Förderung einer Risikotechnologie: das **Fracking**. Bei diesem Verfahren wird mit hohem Druck und giftigen Stoffen Erdgas aus Gesteinen gepresst. Die Gefahren für eine Boden- und Grundwasserverschmutzung sind dabei extrem hoch und unkalkulierbar.

Zur notwendigen Verbrauchsreduktion im **Verkehrssektor** sind ehrgeizige Obergrenzen für den CO₂-Ausstoß erforderlich. Raumplanerisch sind Konzepte zu bevorzugen, die zu einer Verlagerung des Autoverkehrs hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln führen.

Greenpeace fordert:

- 100% Erneuerbare Energien bis 2050
- Kein Neubau von Kohlekraftwerken
- Verzicht auf Fracking und CO₂-Speicherung (CCS)
- CO₂-Grenzwert für PKWs von 80g/km bis 2020

Energiewende: Welchen Anteil an Erneuerbaren Energien bei Strom und Wärme streben Sie bis 2020 bzw. 2050 in Niedersachsen an?

CDU



Thiele Bis 2020 wollen wir rund 90% des Bruttostromverbrauchs und 25% der gesamten Energieproduktion im Land durch erneuerbare Energien decken und diesen Anteil in den folgenden Jahren konsequent erhöhen. Orientierung bietet das Energiekonzept der Landesregierung mit konkreten Zwischenschritten.

SPD



Weil Eine SPD-Landesregierung wird gemeinsam mit Kommunen, Energiewirtschaft und Fachverbänden eine Gesamtstrategie für die Energiewende in Niedersachsen erarbeiten, die verbindliche Ziele und konkrete Maßnahmen bis 2020 sowie eine Zielplanung bis ins Jahr 2050 enthält.

FDP



Birkner Niedersachsen ist im Bereich der erneuerbaren Energien deutschlandweit führend. Die FDP Niedersachsen will diese Energieträger auch weiterhin fördern, allerdings mit anderen Instrumenten als bisher und setzt sich daher für ein Mengenmodell statt der bisherigen EEG-Förderung ein.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Wir wollen einen vollständigen Umstieg unserer Energieerzeugung auf 100% Erneuerbare Energien, spätestens bis 2050. Das wird nur gelingen, wenn wir etwa die Hälfte unseres derzeitigen Energieverbrauchs einsparen.

DIE LINKE



Sohn Wir setzen auf eine vorwiegend dezentral ausgerichtete Energiewende, die bis 2020 bei Strom einen Erneuerbare-Energien-Anteil von 50% und bei Wärme von 25% plus anstrebt. Bis spätestens 2050 sollen alle fossilen Energieträger durch umweltfreundliche Alternativen ersetzt werden.

Piratenpartei



Ramaswamy Bei Strom wäre 2020 100% erneuerbarer Strom im heutigen Umfang möglich. Allerdings können wir bis dahin kaum die notwendigen Speichertechnologien umsetzen. Daher streben wir an, bis 2020 50% und bis 2050 einen Anteil von 100% erneuerbaren Energien zu erreichen.

Energiewende: Setzen Sie sich dafür ein, dass es einen geordneten Ausstieg aus den großen Kohlekraftwerken bis 2030 gibt?

CDU



Thiele Wir lehnen ein festes Datum als wenig zielführend ab. Vielmehr sollte sich die weitere Nutzung der Kohlekraftwerke eng am tatsächlichen Ausbau der erneuerbaren Energien orientieren und dabei das Ziel einer versorgungssicheren, umweltgerechten und bezahlbaren Energieversorgung fest im Blick behalten.

SPD



Weil Der Atomausstieg ist nicht ohne Übergangsenergie machbar. Wer aber Klimaschutz ernst nimmt, muss dabei die Nutzung fossiler Brennstoffe wie Erdöl und Kohle radikal reduzieren. Die SPD steht zum Kohle-Ausstieg und wird als Energieträger für den Übergang auf hocheffiziente GuD-Gaskraftwerke setzen.

FDP



Birkner Für die FDP Niedersachsen gehört die Kohle nach dem Ausstieg aus der Kernenergie zu einem Energiemix aus erneuerbaren und konventionellen Energieträgern, der notwendig ist, um die Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit von Energie zu garantieren.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Kohlekraftwerke haben keine Zukunft. Den Neubau lehnen wir aus energie- und klimapolitischen Gründen ab. Alte Kohlekraftwerke werden durch den zunehmenden Ausbau der Erneuerbaren Energien überflüssig und unwirtschaftlich.

DIE LINKE



Sohn Kohlekraftwerke behindern die Energiewende nur. Sie sind teuer, ineffizient und tragen als Haupt-CO2-Erzeuger in erheblichem Ausmaß zu den negativen Folgen des Klimawandels bei. Wir wollen keine neuen Kohlekraftwerke oder den Einstieg in die CCS-Technik, sondern fordern den schnellstmöglichen Ausstieg.

Piratenpartei



Ramaswamy Ja, aus ökologischer Sicht sind in der Übergangsphase nur moderne GuD-Gaskraftwerke als konventionelle Kraftwerke für die Stromerzeugung einzusetzen. Mit den richtigen politischen Rahmenbedingungen wäre ein Ausstieg aus der Kohlekraft auch vor dem Jahr 2030 möglich.

Energiewende: Halten Sie das umstrittene Fracking in Niedersachsen für vertretbar?

CDU



Thiele Die CDU in Niedersachsen lehnt das Fracking in Trinkwasserschutzgebieten ab und fordert an anderen Standorten eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung. Mittelfristig müssen die Unternehmen ungiftige Frac-Flüssigkeiten entwickeln.

SPD



Weil Wir werden das Fracking in Trinkwasserschutzgebieten sowie unter Nutzung umweltgefährdender Chemikalien grundsätzlich ausschließen. Wenn Fracking zugelassen werden soll, muss zunächst ein klarer gesetzlicher Rahmen mit Umweltverträglichkeitsprüfungen und umfassenden Bürgerbeteiligungsprozessen verabschiedet werden.

FDP



Birkner Fracking ist ein wichtiger Teil des Energiemix, der zur Bewältigung der Energiewende notwendig ist. Wir halten diese Art der Energiegewinnung mit Einschränkungen für vertretbar. Gefahren für Mensch und Natur müssen dabei vermieden werden.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Die vorliegenden Gutachten bestätigen: Die Risiken sind zu hoch, es fehlen grundlegende Kenntnisse der Auswirkungen des Fracking auf den tiefen Untergrund und der Schutz des Grundwassers ist nicht gesichert. Aus energiepolitischen Gründen lehnen wir den Einstieg in die Förderung von unkonventionellem Erdgas ab.

DIE LINKE



Sohn Die mit dem Fracking drohende Vergiftung des Grund-/Trinkwassers ist nicht zu verantworten. In mehreren Regionen Niedersachsens ist es bereits zu Schäden gekommen. Kurzfristig fordern wir: Keine weitere Genehmigung von Fracking-Projekten und zwar überall. Das Ziel bleibt ein generelles Frackingverbot.

Piratenpartei



Ramaswamy Bis ein abschließendes Verbot durchgesetzt wird und andere Verfahren zur unkonventionellen Gasgewinnung, Erforschung und Erschließung eingeführt werden, wollen wir kurzfristig sicherstellen, dass eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung für jede Betriebsstelle vor der ersten Bohrung verpflichtend wird.

Energiewende: Unterstützen Sie einen für den Klimaschutz notwendigen CO2-Grenzwert für PKW von 80g/km bis 2020 und welchen Grenzwert erachten Sie als notwendig für 2025?

CDU



Thiele Die CDU unterstützt mehr Klimaschutz in der Automobilproduktion und freut sich über die 130 Mio. Euro, die im Wettbewerb „Schaufenster Elektromobilität“ zur Verfügung stehen. Ein Durchbruch in der Elektromobilität ermöglicht eine Übererfüllung diskutierter Grenzwerte zum Wohle des Klimaschutzes.

SPD



Weil Die Zielvorgaben ab 2020 sind in den bestehenden Rechtsvorschriften vorgesehen, aber noch nicht verbindlich umgesetzt. Die SPD wird sich grundsätzlich für eine weitere Absenkung einsetzen und dafür sorgen, dass keine Schieflage zwischen leichten und schweren Fahrzeugen entsteht.

FDP



Birkner Entscheidend für den Klimaschutz sind die tatsächlichen, nicht die möglichen Emissionen eines PKW. Dabei spielt nicht nur der Ausstoß pro Kilometer, sondern auch die Fahrleistung eine wichtige Rolle. Das bessere Steuerungsinstrument für den Klimaschutz ist daher die Einbeziehung des Straßenverkehrs in den Emissionshandel.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Wir unterstützen den CO₂-Grenzwert für PKW von 80g/km bis 2020 und fordern 50g/km ab 2030. Weitere notwendige Klimaschutzmaßnahmen sind die Umsetzung einer CO₂-basierten Kfz-Steuer, die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs, die Ausweitung der LKW-Maut und ein Tempolimit 120 km/h auf Autobahnen.

DIE LINKE



Sohn Wir unterstützen die Forderungen des Verkehrsclub Deutschland nach einem CO₂-Grenzwert von 80g/km bis 2020 und erachtet bis 2025 eine weitere Reduktion auf 60g/km für notwendig. Die Senkung der Grenzwerte für PKWs ist eine effektive Klimaschutzmaßnahme im Straßenverkehr.

Piratenpartei



Ramaswamy Für einen erfolgreichen Klimaschutz ist neben den Grenzwerten insbesondere der gesamte verkehrsbedingte CO₂-Ausstoß zu betrachten. Dieser muss drastisch reduziert werden. Dazu gehört auch der Wechsel der Antriebsenergie hin zu erneuerbaren Energien, möglichst ohne CO₂-Ausstoß.

Atommüll

Entsorgung ungelöst!

Allein in Deutschland fallen jährlich 450 Tonnen gefährlicher Atommüll an. Weltweit gibt es aber kein einziges Endlager für den hochradioaktiven Atommüll.

Bereits in den sechziger Jahren wurden in Niedersachsen radioaktive Abfälle in das Salzbergwerk **Asse II** gekippt. Doch nur wenige Jahrzehnte später dringt Wasser in das als sicher bewertete Endlager ein, wodurch langfristig Radioaktivität ins Grundwasser gelangen könnte – eine deutliche Warnung für die Nichteignung von Salzstöcken als Endlager!

In den siebziger Jahren wurde der Salzstock **Gorleben** ohne eine einzige unterirdische Untersuchung als Endlager bestimmt. Die Entscheidung war nicht wissenschaftlich, sondern in erster Linie politisch motiviert.

Die Entsorgung und eine möglicherweise erforderliche Rückholung von Atommüll ist schwierig und sehr kostenintensiv. Die Atomkonzerne müssen finanziell für die Lagerung ihres radioaktiven Abfalls aufkommen. Doch im Fall der Asse werden beispielsweise alle Kosten auf den Steuerzahler abgewälzt.



Greenpeace fordert:

- Stopp der Atommüllproduktion: Atomausstieg zügig umsetzen
- eine bundesweite vergleichende und ergebnisoffene Endlagersuche unter Ausschluss von Gorleben
- Keine weiteren Castor-Transporte in das Zwischenlager Gorleben

Atommüll: Setzen Sie sich dafür ein, dass in niedersächsischen Atomkraftwerken bis zur Abschaltung keine plutoniumhaltigen MOX-Brennelemente mehr eingesetzt werden?

CDU



Thiele Wir setzen auf den sicheren Betrieb der Kraftwerke Grohnde und Emsland bis zu deren Abschaltung in den Jahren 2017 und 2022 und werden gemeinsam die notwendigen Verbesserungen auf Basis der Empfehlungen der Reaktorsicherheitskommission vorantreiben.

SPD



Weil Nein.

FDP



Birkner Wir sehen hierfür keine Veranlassung.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Wir lehnen den Einsatz von MOX-Brennelementen wegen der damit verbundenen zusätzlichen Gefahren bei Transport, Reaktorbetrieb, schweren Unfällen und Endlagerung ab. Die Genehmigungen müssen zurückgenommen oder der Einsatz gesetzlich verboten werden.

DIE LINKE



Sohn Wir fordern den Einsatz von MOX-Brennelementen unverzüglich zu verbieten. MOX-Brennelemente müssen im Gegenteil endlagerfähig aufbereitet und sicher zwischenlagert werden. Niedersächsische Häfen sind darüber hinaus für den Transport von Atombrennstäben und Atommüll zu sperren.

Piratenpartei



Ramaswamy Ja, Mitglieder der Piratenpartei Niedersachsen haben sich in der Vergangenheit aktiv an den Protesten gegen die Transporte der MOX-Brennelemente in das AKW Grohnde beteiligt. Wir fordern den sofortigen Stopp der Produktion neuen Atommülls, solange die Entsorgungsfrage nicht geklärt ist.

Atommüll: Setzen Sie sich für den endgültigen Ausschluss des offensichtlich geologisch ungeeigneten Standortes Gorleben als Endlager für hochradioaktiven Atommüll und für einen Stopp weiterer Atomtransporte in das Zwischenlager Gorleben ein?

CDU



Thiele Die CDU steht für eine ergebnisoffene Endlagersuche auf wissenschaftlicher Basis. Die Rückholbarkeit ist besonders zu beachten. Wenn wir dieses Kriterium als maßgeblich durchsetzen können, wäre Gorleben ungeeignet.

SPD



Weil Wir setzen auf eine ergebnisoffene und bundesweite Suche. Geologische Gründe sprechen aber schon heute eindeutig für eine Schließung des Standortes. Wir fordern daher einen sofortigen Bau- und Erkundungsstopp und den Ausschluss Gorlebens. Wir setzen uns aktiv für Alternativen in Bezug auf weitere Atomtransporte ein.

FDP



Birkner Der Standort Gorleben sollte ohne jede Vorfestlegung genauso behandelt werden, wie alle anderen möglichen Standorte auch. Der Atommüll sollte unserer Meinung nach zukünftig in den Ländern zwischengelagert werden, in denen er produziert wurde.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Gorleben ist geologisch ungeeignet und politisch verbrannt. Wir sind davon überzeugt, dass dieser willkürlich ausgewählte Salzstock den wissenschaftlichen Anforderungen einer neuen Endlagersuche nicht standhält. Weitere Transporte in das Castorlager Gorleben und weitere Vorfestlegungen lehnen wir ab.

DIE LINKE



Sohn Seit vielen Jahren erklärt DIE LINKE, dass der Salzstock Gorleben wegen geologischer Mängel nicht zur Endlagerung geeignet ist und endgültig ausgeschlossen werden muss.

Jeder zusätzliche Castortransport erhöht die Sachzwänge, Gorleben als Endlager zu nutzen und muss daher gestoppt werden.

Piratenpartei



Ramaswamy Ja, wir halten den Salzstock Gorleben für nicht geeignet und politisch als „Endlager“ für nicht genehmigungsfähig. Deshalb lehnen wir eine weitere Erkundung des Salzstockes in Gorleben ab und setzen uns für eine bundesweite Suche nach geeigneten Lagerstätten ein.

Atommüll: Setzen Sie sich dafür ein, dass der derzeit eingelagerte Atommüll im maroden Atommüllstandort Asse schnellstmöglich zurückgeholt wird?

CDU



Thiele Die CDU in Niedersachsen fordert, konsequent und so schnell wie möglich ein Rückholungskonzept für die 126.000 Fässer mit strahlendem Müll in der Asse mit konkreter Zeitplanung vorzulegen. Zur Beschleunigung des Verfahrens erwarten wir eine sondergesetzliche Regelung innerhalb des Atomrechts.

SPD



Weil Ohne Wenn und Aber: Ja.

FDP



Birkner Die Asse-Abfälle sollten schnellstmöglich rückgeholt werden. Notfallmaßnahmen und Rückholung müssen zeitgleich vorangetrieben werden. Allerdings muss bei der Rückholung sichergestellt sein, dass die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung sowie der Mitarbeiter nicht gefährdet ist.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Alle Möglichkeiten zur Beschleunigung der Rückholung des Asse Mülls müssen genutzt werden. Die Behinderung der Rückholung durch die niedersächsische Landesregierung muss beendet werden, Umweltministerium und LBEG müssen eng mit dem BfS kooperieren.

DIE LINKE



Sohn Es gibt, auch im Interesse der Bevölkerung im Raum Wolfenbüttel, zum schnellstmöglichen Herausholen der Atomfässer aus der Asse keine Alternative. Die „Lex Asse“ allerdings erweist sich gerade als „Rückholungsabwicklungsgesetz“ mit zu vielen unklaren und willkürlich einsetzbaren Abbruchkriterien.

Piratenpartei



Ramaswamy Die Rückholung muss unbedingt beschleunigt werden. Die Verzögerungsstrategie, die hier von der Landesregierung wie auch von der Bundesregierung verfolgt wird, ist skandalös! Die Regierungen scheuen sich offensichtlich vor der Aufarbeitung des Desaster in Asse und Gorleben.

Landwirtschaft

Für Bauernhöfe statt Agrarfabriken!

Niedersachsen präsentiert sich gerne als Agrarland Nr.1, doch in der Vergangenheit hat die Landesregierung vor allem Intensivlandwirtschaft und die Subventionierung von Massentierhaltung forciert.

Die andere Wahrheit ist daher: Niedersachsen ist ein Schlusslicht in Nachhaltigkeit. Die **ökologisch bewirtschaftete Fläche** in Niedersachsen liegt mit 2,8% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (6,1%) – trotz gestiegener Nachfrage nach Bio-Produkten.

Ein anderes akutes Problem ist die „**Vermaisung**“ der Landwirtschaft, die zunehmende Flächenkonkurrenz zum Nahrungsmittelanbau und ein ungebrochener Rückgang der Artenvielfalt.

Gentechnik in der Landwirtschaft spielt derzeit in Niedersachsen so gut wie keine Rolle, dennoch versucht die derzeitige Landesregierung, die Gentechnik auf Acker und Teller zu bringen - gegen den Willen der Bevölkerung, die mit deutlicher Mehrheit gentechnisch veränderte Lebensmittel ablehnt.

The background of the entire page is a close-up photograph of corn stalks. The stalks are yellow and green, with some showing signs of being harvested or dried. The image is slightly out of focus, creating a soft, naturalistic texture.

Mit dem Schul-Modellprojekt **HannoverGEN** versucht die derzeitige Landesregierung, einseitige Akzeptanzbeschaffung an Schulen zu betreiben und die Agro-Gentechnik hoffähig zu machen. Nach einer internen Projektskizze ist möglicherweise eine Ausweitung auf 50 Schulen in Niedersachsen geplant – mit veranschlagten Kosten von über 13 Millionen Euro.

Agro-Gentechnik ist nicht die Lösung, sondern Teil des Problems der industriellen Landwirtschaft! Sie verstärkt die ökonomischen Zwänge und Abhängigkeiten der Landwirte und birgt zudem viele Nebenwirkungen und Risiken. Greenpeace lehnt daher den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab und setzt sich für eine gentechnikfreie Fütterung ein.

Greenpeace fordert:

- den Ausbau einer ökologischen und bäuerlich strukturierten Landwirtschaft statt Intensivlandwirtschaft und Massentierhaltung
- den Stopp des Anbaus von Lebensmittelpflanzen für die Biomasseproduktion
- einen Stopp der Förderung der Agro-Gentechnik

Landwirtschaft: Welche Maßnahmen planen Sie, um die ökologische Landwirtschaft zu stärken und die Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft insgesamt zu erhöhen?

CDU



Thiele Die CDU in Niedersachsen setzt sich im Agrarland Nr.1 für ein Miteinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft ein. Die verlässliche Förderung des Ökolandbaus führen wir fort. Wir wollen Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit stärken und die Landwirtschaft als Ganzes weiterentwickeln.

SPD



Weil Wir werden die Agrarförderung in der neuen EU-Förderperiode neu ausrichten und an umwelt- und gesellschaftspolitische Zielsetzungen anpassen. Ein Förderschwerpunkt werden regionale Vermarktungsstrategien sowie der Ökolandbau sein. Zudem wird die Agrarforschung im Bereich des Ökolandbaus ausgeweitet.

FDP



Birkner Unserer Meinung nach sollte die Politik keinen Unterschied zwischen den unterschiedlichen Formen der Landwirtschaft machen. Für alle Landwirte sollten die gleichen klaren und verlässlichen Rahmenbedingungen gelten. Welche Produkte sich am Ende durchsetzen, entscheidet der Kunde.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Wir wollen die Förderung des ökologischen Landbaus mindestens auf das Niveau Nordrhein-Westfalens anheben. Etwa in der Umstellungsphase von 262 € auf 400 € pro Hektar. Darüber hinaus werden wir die Mittel zur Förderung des ländlichen Raumes deutlich zu Gunsten der Agrarumweltprogramme umschichten.

DIE LINKE



Sohn Wir wollen den Umbau zur ökologischen und regionalen Landwirtschaft verstärken, indem wir Transferzahlungen und Agrarkreditprogramme an soziale und ökologische Kriterien koppeln, Flächenprämien für den Ökolandbau deutlich erhöhen und gezielt die Artenvielfalt und innerbetriebliche Kreisläufe fördern.

Piratenpartei



Ramaswamy Wir wollen eine leistungsfähige, regional angepasste Landwirtschaft, an der auch Kleinbetriebe gleichberechtigt teilnehmen können und die unter den Voraussetzungen von nachhaltigem Wirtschaften und ökologischem Verbraucherbewusstsein wettbewerbsfähig ist. Dies erfordert den Einbezug aller Beteiligten.

Landwirtschaft: Welche Maßnahmen planen Sie gegen die zunehmende „Vermaischung“ der Landschaft und die resultierende Flächenkonkurrenz zum Nahrungsmittelanbau?

CDU



Thiele Der Anbau von Energiepflanzen sollte unserer Ansicht nach in vielfältigen Fruchtfolgen ablaufen. Auch die Anlage von Blühstreifen kann die Biodiversität erhöhen. Der verstärkte Einsatz von landwirtschaftlichen Nebenprodukten, wie Gülle oder Festmist, kann den Anbau von Energiepflanzen reduzieren.

SPD



Weil Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Regelungen zum Schutz von Wasser und Boden verbessert werden – z.B. durch eine Novellierung des § 35 Baugesetzbuch. Die neue Förderperiode von 2013-2017 muss Schwerpunkte setzen, die eine zunehmende "Vermaischung" verhindern. Das EEG gilt es unter diesem Aspekt weiterzuentwickeln.

FDP



Birkner Wir sehen ebenfalls das Problem der „Vermaischung“. Daher haben wir bereits 2010 eine Bundesratsinitiative gestartet, in der die Förderung von Biogasanlagen verändert werden soll, hin zu einer Verwertung von Gülle, Nebenprodukten und Bioabfällen, um so den Anbau von Monokulturen unattraktiver zu machen.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Wir wollen den NaWaRo-Bonus im EEG abschaffen und durch einen gestaffelten Ökobonus ersetzen. Wir wollen darüber hinaus das geltende Recht, z.B. eine ausgeglichene Humusbilanz, endlich durchsetzen. Damit ist mehrjähriger Maisanbau für Biogas auf der gleichen Fläche nicht mehr möglich.

DIE LINKE



Sohn Die EEG-Förderrichtlinien müssen so gestaltet werden, dass sie die flächen-angepasste Nutzung einheimischer und ökologisch verträglicher Energiepflanzen-Gemische begünstigen und den Energie-Mais benachteiligen. Zudem fordern wir einen klaren Vorrang von Abfallstoffen als Einsatzstoffe in Biogasanlagen.

Piratenpartei



Ramaswamy Maismonokulturen sollen durch den ökologischeren und ressourcen-sparenderen Biomasseanbau, z.B. von Wildpflanzen als Energielieferanten, zur Biogaserzeugung ersetzt werden.

Landwirtschaft: Wie stehen Sie zu dem Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft?

CDU



Thiele Der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft ist auf dem Weltmarkt Realität. Deshalb müssen die Verbraucher genveränderte Lebensmittel klar erkennen können, um sich auch bewusst gegen den Kauf solcher Lebensmittel entscheiden zu können.

SPD



Weil Die Landwirtschaft hat große Verantwortung beim Schutz von Wasser, Boden und Luft. Auch die Pflege und Entwicklung der einmaligen Kulturlandschaften in Niedersachsen, der Erhalt der Artenvielfalt und Nulltoleranz gegenüber der Gentechnik gehören zu einer nachhaltigen Produktion.

FDP



Birkner Wir erkennen die Risiken der grünen Gentechnik, sehen aber auch deren Chancen. Daher setzen wir uns für einen ideologiefreien und ergebnisoffenen Diskurs ein. Kritisch sehen wir die momentane Praxis, bei Verdacht einer Verunreinigung ganze Felder zu zerstören, was wirtschaftlich wie moralisch unververtretbar ist.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Wir wollen Niedersachsen zu einer gentechnikfreien Region machen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Kennzeichnung tierischer Produkte ein, wenn diese unter Einsatz von genmanipulierten Pflanzen – etwa importiertem Soja – erzeugt wurden.

DIE LINKE



Sohn Die Agrogentechnik stellt eine Gefahr für VerbraucherInnen dar und zerstört die Grundlagen der Lebensmittelproduktion auf Dauer. Daher muss Niedersachsen der Charta gentechnikfreier Regionen beitreten und sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass keine neuen GV-Pflanzen zum Anbau zugelassen werden.

Piratenpartei



Ramaswamy Wir setzen uns dafür ein, dass ganz Niedersachsen eine „gentechnikfreie Region“ wird und die Freisetzung und der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen nicht gestattet ist. Niemand müsste hungern, wenn Ressourcen, Wissen und die Möglichkeiten, Lebensmittel zu erzeugen, gerecht verteilt würden.

**Landwirtschaft: Wie bewerten Sie das umstrittene Schul-Modellprojekt HannoverGEN?
Werden Sie eine Ausweitung auf Niedersachsen befürworten oder ablehnen?**

CDU



Thiele Ziel des Projektes ist es, die Kenntnisse von Schülern über die Grüne Gentechnik und deren Gefahren zu erweitern.

Eine gute Schulausbildung ist Grundlage, um sich später als mündiger Verbraucher überhaupt gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel entscheiden zu können.

SPD



Weil Dem Projekt HannoverGEN steht die SPD ausgesprochen kritisch gegenüber, da die Form der Aufarbeitung des Themas nicht geeignet für eine Meinungsbildung ist.

Eine Ausweitung auf Niedersachsen lehnt die SPD ab.

FDP



Birkner Wir möchten uns zunächst die Ergebnisse des vergangenen Projektzeitraums ansehen, bevor wir uns entscheiden, ob wir für oder gegen eine Verlängerung oder Ausweitung des Projekts sind.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Das Schulprojekt HannoverGEN, das mit dem eindeutigen Ziel ins Leben gerufen wurde, Akzeptanz für die sogenannte „Grüne Gentechnik“ zu schaffen, lehnen wir ab. Selbstverständlich auch dessen landesweite Ausweitung.

DIE LINKE



Sohn Die Landesregierung betreibt mit ihrem Modellprojekt steuerfinanzierte Akzeptanzwerbung für die Agrogentechnik. DIE LINKE lehnt alle Versuche, diese an Schulen salonfähig zu machen, ab. Daher muss „HannoverGEN“ unverzüglich beendet werden und darf auch nicht als landesweites Projekt weitergeführt werden.

Piratenpartei



Ramaswamy Wir lehnen das Schul-Modellprojekt HannoverGEN ab, da wir uns für eine gentechnikfreie Region einsetzen, die Verharmlosung der Grünen Gentechnologie ablehnen und es nicht zu einer (in-)direkten finanziellen Einflussnahme von staatlichen oder privaten Lobbyisten auf den Lehrinhalt an Schulen kommen darf.

Meeresschutz

Überfischung stoppen!

Einzigartig ist die Artenvielfalt des Wattenmeers an Niedersachsens Nordseeküste. Um sie zu bewahren, sind **Schutzgebiete** eingerichtet worden. Doch in den ausgewiesenen Gebieten wird weiterhin mit zerstörerischen Grundsleppnetzen gefischt, die auch bei der Krabbenfischerei verwendet werden. Bis zu 80% der gefangenen Meerestiere landen unbeabsichtigt, als sogenannter Beifang, in den Netzen. Tot oder schwer verletzt werden sie wieder zurück ins Meer geworfen.

Um selektivere Fangmethoden zu erwirken, ist eine Reform der gemeinsamen **EU-Fischereipolitik** geplant. Künftig soll der Rückwurf verboten werden. Die Fischer müssen ihren gesamten Fang anlanden (Anlandegebot), so dass auch der Beifang auf ihre Fangquote angerechnet werden kann. Allerdings soll die Krabbenfischerei von dieser Neuregelung ausgenommen werden.



Auch der Sand- und Kiesabbau, sowie die Öl- und Gasförderung gefährden durch verschmutztes Produktionswasser und Bohrschlämme Seevögel und Meerestiere im niedersächsischen Wattenmeer. Der Schutz dieser Gebiete besteht somit nur auf dem Papier.

Greenpeace fordert:

- ein Verbot von zerstörerischer (Grundschieppnetz-) Fischerei, Sand- und Kiesabbau, Öl- und Gasförderung in ausgewiesenen Schutzgebieten
- Anladegebot bzw. Rückwurfsverbot konsequent durchsetzen, und zwar ohne Ausnahme für die Krabbenfischerei

Meeresschutz: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Schutzgebieten der Nordsee die Fischerei, Kiesabbau u.ä. verboten werden?

CDU



Thiele Das Wattenmeer ist einzigartig. Es ist deshalb zu Recht als Weltnaturerbe anerkannt und verdient höchsten Schutz. Sämtliche Nutzungen haben sich daran zu orientieren. Das gilt besonders für den Rohstoffabbau. Auch für die Küstenfischer setzen wir daher auf einen Ausgleich der Interessen.

SPD



Weil Die Zusammenarbeit unter den Anrainern des Wattenmeers ist eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen. Wir werden allen aus der Umweltgesetzgebung erwachsenen Pflichten für die niedersächsischen Küstengewässer nachkommen und den Bund bei der Erreichung der Schutzziele für Natura-2000-Gebiete in der AWZ unterstützen.

FDP



Birkner Die Ausweisung von Schutzgebieten an der deutschen Nordseeküste nimmt bereits heute einen großen und küstennahen Bereich ein. Wir halten eine punktuelle oder kleinflächige und zeitlich begrenzte Nutzung auf dieser Basis für möglich. Nutzungen in Schutzgebieten dürfen dem Schutzzweck dauerhaft nicht entgegenstehen.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Es muss nutzungsfreie Schutzgebiete in der Nordsee geben. Die bestehenden Regelungen im niedersächsischen Watten- und Küstenmeer zu Fischerei, Miesmuschelmanagement und Nutzungen müssen überprüft und in Kooperation mit Trilateraler Wattenmeerkonferenz und Verbänden neu gefasst werden. Wir brauchen eine nds. Meeresschutzpolitik.

DIE LINKE



Sohn Um eine ökologisch nachhaltige und sozial verträgliche Ressourcennutzung sicherzustellen, braucht die Nordsee echte Schutzgebiete, in denen zerstörerische Fischerei-Techniken wie Schleppnetze sowie der Einsatz von Saugbaggern zum Sand- und Kiesabbau verboten sind. Dafür werden wir uns auf EU-Ebene stark machen.

Piratenpartei



Ramaswamy Weitestgehend ja. Sämtliche Maßnahmen, die dem Schutzcharakter widersprechen, lehnen wir ab. Dies schließt die gewerbliche Nutzung von Schutzgebieten (unter Auflagen) nicht grundsätzlich aus, es muss jedoch deren Umweltverträglichkeit streng geprüft und kontrolliert werden.

Meeresschutz: Wie beurteilen Sie die geplanten Beifang-Ausnahmen für die Krabbenfischerei in Bezug auf das Rückwurfsverbot und Anlandegebot?

CDU



Thiele Die CDU setzt sich für die Einführung eines europaweit abgestimmten Rückwurfverbotes für Beifang oder untermäßigten Fang mit differenzierten Regelungen für die Küstenfischerei ein, um die Beifangmengen soweit wie möglich zu reduzieren. Ausnahmen müssen dabei bedarfsgerecht ausgestaltet werden.

SPD



Weil Die Krabbenfischer bilden einen wichtigen Bestandteil der niedersächsischen Küstenregion. Wir unterstützen die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik aktiv und setzen uns für eine nachhaltige Fischerei ein. Wir unterstützen den von Rat und Parlament vorgeschlagenen fischereispezifischen Ansatz für Rückwurfverbote.

FDP



Birkner Die FDP Niedersachsen unterstützt die Forderungen nach einem Rückwurfverbot und einem Anlandegebot ausdrücklich. Die meisten Fische, die zurückgeworfen werden, überleben nicht. Wir setzen uns stattdessen für eine nachhaltige Fischerei ein.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Wir fordern, dass der Rückwurf toter Meerestiere generell untersagt und gleichzeitig die Entwicklung besserer selektiver Fangmethoden gefördert wird. Die Gelder des europäischen Fischereifonds müssen ausschließlich für die Entwicklung und Umsetzung einer nachhaltigen Küsten- und Hochseefischerei eingesetzt werden.

DIE LINKE



Sohn Rückwurfver- und Anlandegebot dürfen durch die Initiative norddt. Fischereiminister nicht hintertrieben werden. Die Krabbenfischerei ist äußerst beifangreich, wobei über 75% den Rückwurf ins Meer nicht überleben. Daher muss der Beifang dauerhaft reduziert und der restliche Beifang angelandet werden.

Piratenpartei



Ramaswamy Wir bekennen uns zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung. Prinzipiell müssen Lösungen gefunden werden, Beifang weitestgehend zu minimieren - z.B. durch bodenschonendere Fangmethoden. Ein Anlandegebot sehen wir kritisch, da eine Überprüfung schwer zu leisten ist.

Waldschutz

Nachhaltige & transparente Waldbewirtschaftung umsetzen!

Deutschlands **alte Buchenwälder** sind von der UNESCO als Weltnaturerbe ausgezeichnet worden. Die Nationale Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung sieht vor, zehn Prozent der öffentlichen Waldflächen bis 2020 zu schützen. Auch in Niedersachsen hat Greenpeace wertvolle, alte Baumbestände ermittelt - z.B. im Harz und Solling.

Doch leider verweigern die **Niedersächsischen Landesforsten** bis heute eine vollständige Auskunft zur Situation der Baumbestände. Dabei interessieren sich Niedersachsens Bürgerinnen und Bürger durchaus für ihre Wälder: Laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage fordert eine deutliche Mehrheit der Befragten, dass die Landesregierung mehr für den Waldschutz in Niedersachsen tun soll.



Greenpeace fordert:

- ein Einschlags-Moratorium für alle öffentlichen Buchenbestände, die älter als 140 Jahre sind
- Zehn Prozent der öffentlichen Wälder aus der forstwirtschaftlichen Nutzung nehmen
- Transparenz gegenüber Bürgern und eine offene Kommunikation

Waldschutz: Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um 10% der öffentlichen Wälder unter Schutz zu stellen und damit dauerhaft aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen?

CDU



Thiele Die Bedeutung niedersächsischer Wälder für den Arten-, Biotop-, Wasser-, Boden- und Klimaschutz wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Wir werden gemeinsam mit den Waldbesitzern geeignete Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung voranbringen. Naturschutz mit den Menschen hat sich stets bewährt.

SPD



Weil Eine SPD geführte Landesregierung wird in ihrem Sofortprogramm mit einer Bestandsaufnahme von Natur und Landschaft beginnen und ein Klimaschutz- und Landschaftsprogramm für Niedersachsen erarbeiten – eine zentrale Rolle haben dabei Wälder und Moore. An das LÖWE-Programm soll unmittelbar angeknüpft werden.

FDP



Birkner Wir sehen diese Notwendigkeit nicht.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Wir verfolgen das eindeutige Ziel, 10% der Waldfläche des Landes dauerhaft aus der forstwirtschaftlichen Nutzung herauszunehmen. Diese Flächen wollen wir unter Schutz stellen. Beispielsweise wollen wir den Nationalpark Harz um Buchenwaldkomplexe erweitern.

DIE LINKE



Sohn Um die Biodiversitätsstrategie konsequent umzusetzen, fordert DIE LINKE ein landesweites Schutzkonzept. Für öffentliche Forstbetriebe, die die 10% noch nicht dauerhaft aus der Nutzung genommen haben, soll ein sofortiger Einschlagstopp in ihren über 140 Jahre alten Laubwäldern verhängt werden.

Piratenpartei



Ramaswamy Wie setzen uns für eine nachhaltige Nutzung der Wälder ein. Gegebenenfalls sind entsprechende Schutzgebiete auszuweisen, in denen eine forstwirtschaftliche Nutzung untersagt ist. Welche Gebiete dies im Einzelnen sind, muss mit den Fachleuten aus den Umweltverbänden abgeklärt werden.

Waldschutz: Wie werden Sie die Transparenz bei der Waldbewirtschaftung und -planung der Niedersächsischen Landesforsten verbessern?

CDU



Thiele Wir stehen zur erfolgreichen und transparenten Arbeit unserer Landesforsten und zu dem LÖWE-Programm. Ein Drittel der NLF-Flächen sind in die NATURA2000-Kulisse der EU eingebunden. Managementpläne sind geeigneter als starre Quoten für die weitere ökologische Aufwertung niedersächsischer Wälder.

SPD



Weil Die SPD wird eine zeitgerechte Informations- und Kommunikationskultur einführen. Transparenz, Bürgernähe und Partizipation stehen im Mittelpunkt des Regierungshandelns. Dies wird auch die Arbeit der Nds. Landesforsten betreffen, um Irritationen in der Bevölkerung bei den forstlichen Tätigkeiten im Wald zu vermeiden.

FDP



Birkner Wir sehen keine Notwendigkeit, weitere Maßnahmen zu mehr Transparenz zu ergreifen.

Bündnis 90/Die Grünen



Piel Die niedersächsischen Landeswälder sind Eigentum der Bürgerinnen und Bürger des Landes. Die Forstverwaltung ist daher zu größtmöglicher Transparenz verpflichtet. Deshalb werden wir die Waldbewirtschaftung transparent machen und Umweltverbänden rechtzeitig die Möglichkeit geben, dazu Stellung zu nehmen.

DIE LINKE



Sohn Die Nds. Staatsforsten müssen verpflichtet werden, regelmäßig alle Daten über den Zustand, die Nutzung und die Ausweisung von Schutzgebieten in Landeswäldern zu veröffentlichen. Über Einzelbestandsdaten alter Laubwälder soll informiert und BürgerInnen an der Bewirtschaftungsplanung beteiligt werden.

Piratenpartei



Ramaswamy Zur Bewirtschaftung der Wälder haben die Piraten noch keine speziellen Beschlüsse gefasst. Transparenz in allen öffentlichen Entscheidungen ist jedoch eine der Grundforderungen der Piratenpartei und schließt natürlich auch den Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen ein.



Wird die nächste Landesregierung...

- sich glaubhaft für eine Energiewende, für mehr Klimaschutz und eine Lösung des Atommüllproblems einsetzen?
- eine ökologisch und bäuerlich strukturierte Landwirtschaft ohne Gentechnik verstärkt fördern?
- und den Meeres- und Waldschutz vorantreiben?

» Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft.

Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen.

Greenpeace ist überparteilich, politisch und finanziell unabhängig und nimmt keine Gelder von Regierungen, Parteien oder der Wirtschaft.

GREENPEACE